

Fraktion Freie Wähler BfB Kürten e.V.
Karlheinz-Stockhausen-Platz 1, 51515 Kürten

Vorsitzender:
Werner Conrad, Neuensaalerstr. 23f
51515 Kürten · Tel.: 02207/3629 ·
werner.conrad@fw-kuerten.de

Stellvertreter
Peter Buschhüter, Kölner Str. 311
51515 Kürten · Tel.: 02207/8464818
peter.buschhueter@fw-kuerten.de

Geschäftsführer:
Henning Backhaus, Hülsensteeg 45
51515 Kürten · Tel.: 02268/909696
henning.backhaus@fw-kuerten.de

Kürten, den 24. Januar 2024

Rede des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler BfB Kürten e.V.

Werner Conrad, anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes 2024 der Gemeinde Kürten am 24. Januar 2024 (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister.

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Vertreter der Presse,

sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Vorbereitung der Haushaltsrede habe ich ernsthaft die Überlegung angestellt, ob ich vor dem Hintergrund des plötzlichen und unerwarteten Todes unseres Fraktionsmitgliedes Michael Kammann überhaupt eine Rede halten soll. Unabhängig davon, dass unsere Fraktion und ich immer noch von diesem Ereignis geschockt sind, wird einem schlagartig bewusst, dass es im Leben noch wichtigere Dinge als die Sanierung der Gesamtschule oder den Haushalt gibt. Ich habe das vor einem Jahr selbst erfahren dürfen. Aber ganz so einfach wollte ich es Ihnen und mir dann doch nicht machen.

Situation Kürten

Nach dem nun mehr als drei Jahre der aktuellen Legislaturperiode vorbei sind, gilt es auch einmal kritisch zurückzuschauen. Was ist in gut drei Jahren Kürten vorangebracht worden? Genau genommen nichts. Im Duden gibt es ein neues Synonym für Stillstand: Kooperation. Alle wichtigen Projekte wie zum Beispiel die Sanierung Gesamtschule inkl. Ausweichgebäude, die Sanierung des Karlheinz-Stockhausen-Platzes sowie die Standorte für Flüchtlingsunterkünfte oder der Feuerwehrgerätehäuser

wurden vom Bündnis blockiert und eigene Vorstellungen ohne Rücksicht auf Verluste durchgedrückt, um deutlich zu machen, wer in Kürten regiert. Das gilt auch für viele andere Themen wie zum Beispiel das Personal der Verwaltung. Stellenstreichungen wurden beschlossen. Mit der Folge, dass mehr Stellen bzw. Höherbewertungen erforderlich wurden. Das Fraktionsbündnis aus CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP hat aus unserer Sicht in dieser Form Kürten nicht gutgetan. Die Zusammenarbeit der Fraktionen bis 2020 war deutlich zielführender und ergebnisorientierter.

Die Sanierung der Gesamtschule hat sich durch den Schlingerkurs des Fraktionsbündnisses maßgeblich verzögert und dadurch erheblich verteuert. Nach der ursprünglichen Planung wären wir inzwischen mitten in der Sanierungsphase und hätten das Ende in etwa zwei Jahren erreicht. Im Bemühen, Kosten zu sparen, setzte die Kooperation von CDU, Grünen und FDP auf Planungsstopps, Umplanungen, Einzug von Haltepunkten und weitere Maßnahmen. Allerdings leider mit dem Effekt, dass keine Einspareffekte realisiert worden sind, sondern das Gegenteil eingetreten ist: Planungskosten sind sinnlos verschwendet worden, Verzögerungen führten zu erheblichen Kosten, die Baupreise und nicht zuletzt die Zinsen für die Finanzierung sind in einem Maße gestiegen, dass ein zweistelliger Millionenbetrag allein der von der Kooperation verschuldeten Verzögerung zu verdanken ist. Mittlerweile sind wir bei rd. 12 Mio. Euro. Und die SPD hat hier mit ihren unsäglichen und wenig zielführenden Anträgen kräftig Schützenhilfe geleistet. Man hat den Eindruck, dass die Anträge vorwiegend dem eigenen Ego geschuldet sind. Diese Kostensteigerung nicht in den Zusammenhang mit dem verspäteten Baubeginn zu sehen, zeugt von keinem gesunden Menschenverstand. Gut gemeint ist in diesem Fall leider das Gegenteil von gut gemacht! Auch in der Frage der Flüchtlingsunterkünfte wären wir heute deutlicher weiter, wenn das Bündnis nicht das Ausweichgebäude im Steinbruch abgelehnt hätte. Dieser Spaß hat allein eine halbe Million Euro gekostet. Und dass alles im Zeichen knapper Kassen. Verantwortung sieht anders aus.

Aber es gibt auch Positives. Die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen hat sich erfreulicherweise bereits vor der letzten Sitzung des Sonderausschusses zur Gesamtschule bekannt. Dafür gilt der Fraktion unser Respekt. Und zur Überraschung aller haben dann CDU, FDP und SPD sich ebenfalls zur Sanierung der Gesamtschule bekannt und der Verwaltungsvorlage zugestimmt. Das ist ebenso erfreulich. Warum nicht gleich so? Wir sehen uns mit unserer durchgängigen Befürwortung der zügigen Gesamtschulsanierung absolut bestätigt. Aus unserer Sicht könnte das wieder zu einer verbesserten

politischen Zusammenarbeit aller Fraktionen wie vor 2020 zum Wohle von Kürten führen. Man soll bekanntlich die Hoffnung nicht aufgeben.

Allgemeine Rahmenbedingungen zum Haushalt

Bevor ich zum Haushalt und der Situation in Kürten komme, nutze ich die Gelegenheit ein paar grundsätzlich Ausführungen zu Finanzierung der Kommunen in NRW zu machen.

Der Landkreistag hat sehr deutlich und eindrucksvoll aufgezeigt, dass der ländliche Bereich in NRW absolut unterfinanziert ist. Die kreisfreien Städte werden deutlich bessergestellt. Auch der Verbundsatz des Gemeindefinanzierungsgesetzes ist mit 23 % deutlich zu niedrig. Dieser muss zur Entlastung der Kommunen im ersten Schritt auf den alten Satz von 25 % angehoben werden. Wir fordern die hier im Rat vertretenen Parteien auf, ihre Vertreter im Landtag NRW dazu aufzufordern. Der Vergleich mit den anderen Bundesländern zeigt deutlich, dass die Kommunen in NRW am schlechtesten unterstützt werden. Bestätigt wird das auch durch die Summe der notwendigen Kassenkredite in Höhe von 20 Mrd. EUR. Auch die Gegenfinanzierung der von Bund und Land übertragenen Aufgaben lässt immer mehr zu wünschen übrig. Das Konnexitätsprinzip – vereinfacht „Wer bestellt, bezahlt“ - scheint bei Bund und Land ein Fremdwort zu sein. Insbesondere bei Flüchtlingsproblematik.

Das Desaster um die fehlenden 60 Mrd. im Bundeshaushalt 2024 lässt nichts Gutes für die Finanzen der Kommunen erahnen. Auch die möglichen negativen Auswirkungen des Wachstumschancengesetzes auf die Kommunen lassen wenig Raum für positive Erwartungen. Insgesamt führt die Entwicklung dazu, dass Kommunen zunehmend höhere Steuern erheben müssen, nur um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können.

An die amtierenden Regierungen in Düsseldorf und Berlin appellieren wir, statt jedes Jahr neue Förderprogramme - man hat den Eindruck einer „Förderitis“ - für die Kommunen aufzulegen, eine dauerhaft ausreichende Finanzierung der Kommunen sicherzustellen, die diese jenseits von Förderprogrammen in die Lage versetzen, ihrer Aufgabe im Sinne einer kommunalen Selbstverwaltung eigenständig nachzukommen. Denn diese ist durch die nicht auskömmliche Finanzierung sowie durch die verwendungsbezogenen Förderprogramme nur eingeschränkt möglich. Auch der Bürokratismus zur Inanspruchnahme der Fördermittel muss nachhaltig abgebaut werden. Weniger Richtlinien, Auflagen und Förderbedingungen würden weiterhelfen. Auch die Gemeinde Kürten hat am Beispiel der Gesamtschule schon ihre leidvolle Erfahrung bezüglich der Nichtgewährung von Fördermitteln gemacht.

In der Konsequenz bedeutet das alles, dass die kommunale Finanzierung in den kommenden Jahren noch schwieriger werden wird, wie wir ja aktuell an der mittelfristigen Haushaltsplanung und der geplanten Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B erkennen können.

Haushalt 2024

Die Kämmerei unter Leitung von Herrn Schmidt hat uns unter den gegebenen Rahmenbedingungen einen gut aufgestellten Haushalt vorgelegt. Unsere Rückfragen wurden kompetent und umfassend beantwortet. Dafür unser herzlicher Dank.

Der Haushalt für 2024 wird mit rund 47 Mio. Euro veranschlagt. Die Transferaufwendungen zum Beispiel für die Kreis- und die Jugendamtsumlage betragen insgesamt 25 Mio. Euro sowie für die Personalaufwendungen 11 Mio. Euro. Mit den restlichen 11 Mio. Euro, gilt es den restlichen Betrieb der Gemeinde aufrecht zu erhalten. Den Aufwendungen stehen 41 Mio. Euro an Erträgen gegenüber. Der Haushaltsausgleich ist also nur mit einem Griff in die Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 5 Mio. Euro möglich. Das macht die zuvor beschriebene finanzielle Situation und das strukturelle Defizit der Kommunen deutlich. Und dann soll eine Gesamtschule mit Kosten in Höhe von 94 Mio. Euro eigenständig finanziert werden. Hier machen sich Bund und Land im Hinblick auf die Bildungspolitik einen schlanken Fuß. Die Konsequenz daraus wird eine unverhältnismäßige Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B sein. Spätestens dann, wenn die Ausgleichsrücklage aufgebraucht ist. Dies gilt es zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund werden wir ab sofort alle Ausgaben kritisch auf den Prüfstand stellen. Dabei gilt es auch Prestigeprojekte wie ISEK mit der Gestaltung des Karlheinz-Stockhausen-Platzes zu hinterfragen. Allerdings ohne einen Arbeitskreis Haushalt und Gebühren. Wir sehen das als Aufgabe des HFA an und lehnen einen AK ab. Ziel muss es sein, den Hebesatz für die Grundsteuer B nur im absolut notwendigen Maße zu erhöhen. Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Kürten werden Politik und Verwaltung zu Recht fragen, was im Vorfeld getan wurde, um eine übermäßige Erhöhung zu vermeiden.

Kommen wir nun zum Wichtigsten. Unsere Fraktion wird dem Haushalt 2024 heute, wenn auch nicht geschlossen, aber zumindest mehrheitlich zustimmen. Der geplanten Anhebung der Grundsteuer B

bereits in diesem Jahr 2024 stimmen wir ausdrücklich nicht zu. Wohlwissend, dass wir indirekt mit der Zustimmung zum Haushalt auch der Anhebung zustimmen. Wir unterstützen weiterhin den Verwaltungsvorschlag die Erhöhung erst im Jahr 2025 vorzunehmen. Deshalb bitten wir das entsprechend zu protokollieren. Die Erhöhung soll dann von den Fraktionen getragen werden, die diese auch beantragt haben.

Auch dem Stellenplan werden wir – wenn auch mit sehr großen Bauchschmerzen – für 2024 zustimmen. Aus unserer Sicht ist nach der Streichung der Planstelle für den Bereichsleiter des Geschäftsbereiches III (ehemals Bormann) ein Wildwuchs hinsichtlich neuer Planstellen und Stellenbewertungen entstanden. Jetzt soll die Planstelle für den Bereichsleiter des Geschäftsbereiches III wieder reaktiviert werden. Damit stellen wir die zusätzlichen Planstellen und Höherbewertungen, die aufgrund der seinerzeitigen Streichung der Planstelle für den Leiter des GB III beruhen, wieder in Frage. Deshalb wird das Thema Stellenplan einer der Schwerpunkte der Fraktionsarbeit werden. Das auch im Hinblick auf die bisherige sowie die prognostizierte Steigerung der Personalkosten.

Hätten wir den Haushalt wie ursprünglich geplant am 13.12.2023 verabschiedet, hätte ich Ihnen ein schönes Weihnachtsfest gewünscht. Da wir auf Wunsch von CDU und SPD wieder eine Ehrenrunde wegen der Gesamtschule für die Haushaltsverabschiedung ohne Mehrwert drehen mussten, musste das leider entfallen. Aber wenn das jetzt zur Zustimmung geführt hat, betrachten wir das als nachträgliches Weihnachtsgeschenk.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.